

CSV/DP-Krach: Falscher als falsch?

Die Realität sieht 300 Prozent anders aus", stellte er sichtlich verärgert Lucien Weiler am Donnerstag auf einer eilends einberufenen Pressekonferenz klar. Anlass: der vermeintliche Krach der Koalitionspartner DP und CSV in Sachen "Zukunftstisch". Zeitungen hatten behauptet, die ursprünglich für nächste Woche geplante Parlamentsdebatte zur Nachhaltigkeit würde wegen interner Zwistigkeiten um zwei Wochen verschoben. "Das ist eine total falsche Information", so CSV-Präsident Weiler. Die Debatte hätte - mit der Zustimmung aller Parteien - verschoben werden müssen, weil die Regierung erst diese Woche die Kriterien zur Messung von Nachhaltigkeit zusammengestellt hätte. Ohne diese Indikatorenliste könne der Rapport der Umweltkommission zur Nachhaltigkeit, der Grundlage der Zukunftsdebatte sein soll, nicht abgeschlossen werden. Die Kommunikation zwischen beiden Partnern sei bestenfalls, so Weiler. Wenige Minuten später bestätigte er aber doch - kleinere - Meinungsverschiedenheiten. Es gebe unterschiedliche Einschätzungen, ob und wie die Akteure, besonders jene aus der Zivilgesellschaft, in die Zukunftsdebatte einbezogen werden sollte. Vor allem die DP habe Bedenken geäußert: Die Debatte könnte zu schwerfällig werden.

Marschplan nach Den Haag

Der Weg für die Invasion der US-Truppen ist frei. Doch nicht die "Schurkenstaaten" Irak, Iran oder Nordkorea nimmt Washington mit dem "Gesetz zum Schutz amerikanischer Soldaten", dem diese Woche der US-Kongress zustimmte, aufs Korn. Das Gesetz richtet sich gegen den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Es verbietet den amerikanischen Behörden, mit den Haager RichterInnen zusammenzuarbeiten, und ermächtigt den US-Präsidenten, im Fall einer Anklage gegen seine Landsleute, diese unter Einsatz aller "notwendigen und angemessenen Mittel" zu befreien, notfalls auch militärisch. Mit der Weigerung, sich der internationalen Justiz zu unterwerfen, zeigt Washington einmal mehr seine Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht. Zwar wurde das Gesetz auf Betreiben der Demokraten im Kongress abgeschwächt. Dennoch hat das niederländische Parlament Außenminister Jozias van Aartsen aufgefordert, Protest gegen das amerikanische Vorgehen einzulegen. Ein niederländischer Diplomat reagierte auf eine ganz besondere Art und Weise: Er schrieb einen "Vorschlag für die Invasion der Niederlande" und schickte ihn einem demokratischen Abgeordneten im Washingtoner Repräsentantenhaus. Um sicher zu gehen, dass George W. Bush weiß, wo Den Haag liegt, ist es auf der beigefügten Karte markiert.

Greenpeace geht es um die Wurst

Richtig leckere Currywurst" - unter diesem Titel beschreibt Greenpeace ein technisches Verfahren zur korrekten Zubereitung von Currywürsten. Die Umweltorganisation meldete diese Woche ein Patent auf alle Würste mit Sauce am Europäischen Patentamt an. AktivistInnen errichteten dazu vor der Niederlassung des Amts in Berlin-Kreuzberg eine Wurstbude und verteilten Kostproben. Mit dem Antrag startete Greenpeace eine Protestwoche gegen die Gen-Patentrichtlinie der EU, die noch in diesem Jahr europaweit in nationales Recht umgesetzt werden soll. "Mit demselben Recht, mit dem Firmen Patente auf Gene beanspruchen, die sie lediglich entdeckt haben, wollen wir uns jetzt die Rechte an der Currywurst sichern", sagte Christoph Then, Patentexperte von Greenpeace. Damit solle gezeigt werden, dass im Patentgesetz nicht mehr zwischen Entdeckung und Erfindung unterschieden wird. Then fordert, die Umsetzung der EU-Richtlinie zu stoppen, "damit Gene, Pflanzen und Tiere nicht mehr zur Erfindung der Gen-Industrie erklärt werden". Das französische Parlament beschloss bereits im Januar ein Verbot von Gen-Patenten, und der deutsche Bundestag sagte seine Abstimmung darüber für diese Legislaturperiode ab. Falls Greenpeace das Currywurst-Patent erteilt bekommt, könnte das gravierende Folgen für alle Imbissbudenbesitzer haben, denn es schreibt den Weg zur Wurst genauestens vor - bis hin zur richtigen Sauce-temperatur. Schließlich ist den UmweltschützerInnen das leibliche Wohl alles andere als "wurscht".

STRUCTURES D'ACCUEIL

Verschlossene Türen?

Die Familienministerin ist sauer: Die Flüchtlingsorganisation ASTI verbreite Lügen, wenn sie dem Ministerium vorwerfe, kein offenes Ohr für die Probleme bei der nachschulischen Betreuung zu haben.

(ik) - Die Familienministerin Marie-Josée Jacobs (CSV) war sichtlich verärgert, als sie am vergangenen Dienstag in der parlamentarischen Fragestunde Stellung zu einer Anfrage des LSAP-Abgeordneten Ben Fayot nahm. Fayot hatte die Ministerin gefragt, ob sie tatsächlich plane, die Preise für die außerschulische Betreuung in Form so genannter "portes ouvertes"-Angebote landesweit anzugleichen. Hintergrund seiner Anfrage: Die Flüchtlingsorganisation ASTI und die Inter-Actions Faubourg asbl. hatten im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz am vergangenen Montag die Preissteigerungen aus dem Jahr 2001 heftig kritisiert. Eltern, die ihre Kinder in die stadtteilbezogenen, außerschulischen Betreuungsstrukturen von ASTI, Interaction und Caritas unterbringen wollten, mussten nun teilweise das Sechsfache des alten Preises bezahlen (von 6,20 auf 37,20 Euro). Diese Summe sei von vielen einkommensschwachen Familien aber nicht aufzubringen. Die Folge: Seit der Erhöhung blieben 20 Kinder den von ASTI getra-

genen "portes ouvertes" fern - ein Rückgang von 20 Prozent. Da es sich hierbei größtenteils um ausländische Kinder und Eltern aus sozial schwachen Milieus handele, würde die soziale Ausgrenzung vorangetrieben, bemängelte ASTI. Eine kritische Entwicklung, die von den politischen Verantwortlichen im Ministerium ignoriert werde.

Sie habe noch nie so viele Lügen auf einmal gehört, empörte sich die Ministerin. Nicht das Familienministerium sei für die Preissteigerungen verantwortlich, sondern die Stadt Luxemburg. Tatsächlich hatte die Stadt die Gebühren für das außerschulische öffentliche Betreuungsangebot der "portes ouvertes" und der Kinderkrippen aus Gleichheitsgründen für alle Anbieter vereinheitlichen wollen. "Ich habe im Oktober 2000 den Plänen der Stadt gegenüber mein Verständnis ausgedrückt, - solange jedes bedürftige Kind die Möglichkeit hat, die Angebote auch in Anspruch zu nehmen", sagte Jacobs gegenüber der woxx. Bei einem erneuten Treffen am 25. März dieses Jahres habe sie sich bei ASTI-Präsident Serge Kollwelter erkundigt, ob es Probleme gebe. "Kollwelter konnte damals nichts Genaues sagen. Er wollte sich bei mir melden. Das hat er bis heute aber nicht getan."

Der offene Brief an das Familienministerium vom 15. Mai die-



GENDER HEUTE

Familie im Wandel?

**Auch wenn
Forschungsergebnisse aus
dem Ausland auf einen
Wandel der traditionellen
Familie hinweisen, in
Luxemburg ist von einer
Pluralisierung von
Lebensformen noch nicht
viel zu sehen.**

(greta) - Was macht das Wesen von Frauen und Männer aus? Der deutsche Psychologe Philipp Lersch (1898- 1972) gab in seinem Nachkriegsklassiker "Vom Wesen der Geschlechter" (1950) folgende Definition: "Die der Frau von der Natur zugewiesene Aufgabe, die Leibesfrucht auszutragen, bringt es also mit sich, dass die Frau weniger in die Welt hinausdrängt [...]. Weil das entscheidende Erlebnis im Dasein der Frau, das Mutterwerden, in ihr selbst und nicht draußen in der Welt geschieht, in der der Mann sein Dasein verwirklicht, gehört es zur Thematik ihres Leben, zu verweilen. [...] Die intimere und ursprünglichere Beziehung der Frau zum Lebendigen erklärt ihre Aufgeschlossenheit für alle soziale und karitative Tätigkeit. [...] alles Technische ist ausschließliche Domäne des Mannes." Diese Vorstellung hat das familiäre Zusammenleben viele Jahrzehnte geprägt. So wurde - und wird bis heute - bei gesellschaftspolitischen Entscheidungen gerne auf derartige naturalisierende Vorstellungen à la Lersch zurückgegriffen. Mit ihnen konnte der real gegebenen Ungleichheit der Geschlechter nachträglich eine "natürliche" Legitimation verliehen werden.

Nach drei Jahrzehnten offensiver Frauenbewegung erscheinen diese Texte inzwischen als schlechte Zerrbilder. Das tradi-

tionelle Modell der Kernfamilie verliert langsam an Bedeutung, die Patchwork-Familie (durch mehrfache Heirat) rückt allmählich in den Vordergrund. Folglich, so schlussfolgert die Geschlechterforschung, müsse auch das alte Verständnis von Familie und gängige Geschlechternormen überdacht werden (siehe woxx Nr. 644). Damit befasst ist in Luxemburg vor allem die seit über zwei Jahren existierende Gender-Arbeitsgruppe des Institut d'Etudes Educatives et Sociales (IEES). Das Team um der Diplompädagogin Christel Baltes-Löhr, das mit dem Frauenministerium zusammenarbeitet, bemüht sich, ErzieherInnen in der Ausbildung eine geschlechtssensible Pädagogik nahe zu bringen. Dabei soll ein Bewusstsein für die Tatsache geschaffen werden, dass sich geschlechtsspezifische Ungleichheiten besonders in Sozialisationsinhalten festigen und dass es sich bei so genannten "natürlichen" Konstruktionen von Geschlechterrollen ergo um gesellschaftlich produzierte Rollen handelt. Unterstützt wurde das IEES am vergangenen Freitag auch von Andrea Maihofer, Professorin für Gender-Studien an der Universität Basel. In ihrem Vortrag "Familien und andere Formen von Lebensgemeinschaften" thematisierte sie die "Pluralisierung familiärer Lebensformen". Inwieweit durch diese neuen Lebensformen nun

Für Serge Kollwelter spielt das Datum des Schreibens keine Rolle. Die Ministerin sei schon lange über die Entwicklung informiert gewesen, erwidert Kollwelter seinerseits auf die Frage, was dran sei an der ministeriellen Kritik. Die Problematik sei "eine politische Frage: Wie wird umverteilt?", auf welche die Regierung eine Antwort finden müsse. Schließlich habe man die Konvention mit dem Familienministerium abgeschlossen. Kollwelter weist auf einen weiteren Brief von Ende Mai diesen Jahres an das Ministerium hin: Darin beschreibt die Präsidentin der "Entente des Foyers de Jour" (efj), Christiane Reichert, die drastischen Auswirkungen bei jenen Kindern, die nicht mehr in die "Foyers" kämen und spricht sich für eine begünstigende Behandlung sozial schwacher Familien aus.

Familienministerin Marie-Josée Jacobs versteht die ganze Aufregung dennoch nicht. Dass hier geholfen werden müsse, stehe außer Frage. Ihre Zusicherung: "Hier kann man bestimmt eine Lösung finden."

alte Geschlechternormen hinfällig werden, darüber sei sich die Forschung zwar noch unschlüssig, allemal aber erweitere sich der Begriff "Familie". Laut Maierhofer definiert sich "Familie" nicht mehr ausschließlich über Ehe und Heterosexualität, sondern zunehmend über die emotionale Qualität und die gemeinsam verbrachte Freizeit. Im Gegensatz zu früher, als "Familie" vor allem materiell betrachtet und mit der Geburt und Erziehung von Kindern begründet wurde, sei die Familie von heute vielmehr der Ort, wo man sich geborgen fühlt.

Die neue Skepsis an der Ehe verdeutlichen Zahlen: In Deutschland halten immerhin 71 Prozent der 14- bis 29-jährigen die Ehe für keine zukunftsfähige Institution.

Eine Umfrage unter den SchülerInnen am hiesigen Erziehungsinstitut ergab allerdings das Gegenteil. Uneheliche Gemeinschaften sind in Luxemburg in der absoluten Minderheit. Bei einer hohen landesweiten Scheidungsquote mag das Ergebnis auf den ersten Blick erstaunen. Wer jedoch weiß, wie der Staat mit seiner konservativ-christlichen Prägung anderen Lebensformen weiterhin die bürgerlichen Rechte (PACS) vorenthält und stattdessen weiterhin das traditionelle Ehemodell propagiert, den werden diese Ergebnisse nicht wirklich verwundern. Unter diesen Bedingungen ist die Entscheidung für eine Ehe schnell gefällt. Somit kann von gleicher Chancengleichheit und freier Entscheidungswahl wohl kaum gesprochen werden.